

Schwerpunkt

Geschichte

Bücher

■ Krank und ohne Obdach



Die Not in den Großstädten ist groß. In ganz Deutschland sind nach Schätzungen bald mehr als eine Million Menschen wohnungslos, darunter rund ein Drittel Frauen und überdurchschnittlich viele psychisch Kranke. Über die Ursachen der Wohnungslosigkeit sowie über Folgen, Trends und Hilfsmöglichkeiten sprach der EPPENDORFER mit Fachleuten, die täglich mit dem Thema konfrontiert sind. **Seiten 3 bis 5**

■ Unerträgliche Gewalt



Schläge, Fixierungen, Übergriffe – auch nach 1945 waren die Pfleger der Alsterdorfer Anstalten unerträglicher Gewalt ausgesetzt. Der Dokumentarfilm „Alsterdorfer Passion – Mitten in Hamburg – Die Alsterdorfer Anstalten 1945 - 1979“ erzählt die Geschichte von Leid und Aufbruch. Derweil haben bundesweit bislang nur wenige Opfer des Nachkriegs-Heimsystems Anträge auf Entschädigungszahlungen gestellt. **Seite 12**

■ Die Bilanz des Irvin Yalom



„Wie man wird, was man ist“, hat der Vielschreiber Irvin Yalom sein aktuelles Buch betitelt (Foto: ©Dr. Gabriele Seethaler). Der 86-Jährige – einer der renommiertesten und bekanntesten amerikanischen Psychiater und Psychotherapeuten – blickt mit seiner Autobiographie weit zurück und zieht eine ebenso eindrucksvolle wie positive Bilanz. Wobei: Der Autor ist bis heute immer noch als Therapeut tätig... **Seite 21**

Die Angst geht um

■ Bayerisches PsychKG nach massiven Protesten entschärft – doch die Gefahr der Stigmatisierung bleibt

Nach scharfer und geballter bundesweiter Kritik von Fachleuten, Betroffenen und der Öffentlichkeit hat die bayerische Staatsregierung auf die Einführung einer Zentraldatei zur auf fünf Jahre angelegten Erfassung sämtlicher in der Psychiatrie auf richterliche Anordnung untergebrachter Patienten verzichtet. Auch Verweise auf Regeln des Maßregelvollzugs – der kranke Menschen, die nie straffällig geworden waren, quasi auf eine Stufe mit verurteilten Kriminellen stellte – wurden aus dem Gesetz gestrichen. Das ist die gute Nachricht. Dass nach schwer nachvollziehbaren Taten wie der Amokfahrt in Münster oder dem Todesflug der Germanwings-Maschine immer wieder fast automatisch an Datenschutz oder Schweigepflicht gerüttelt wird, die schlechte. Und: „Vom Narrativ des potenziell gefährlichen Irren rückt Bayern auch durch ein paar geänderte Formulierungen des Gesetzestextes nicht ab“, warnte der Medizinhistoriker Florian Bruns in einem Gastbeitrag für die Zeit. Solche Assoziationen würden sich einreihen „in die lange dunkle Tradition, in der psychisch Kranke stigmatisiert, ausgegrenzt, vernachlässigt und verfolgt wurden“.

MÜNCHEN (hin). Die Polizei in Bayern soll auch künftig informiert werden, wenn als gefährlich geltende und zwangsuntergebrachte Patienten aus der psychiatrischen Unterbringung entlassen werden, wie Innenminister Joachim Herrmann (CSU) laut einem dpa-Bericht sagte. Doch wenn Psychiatriepatienten entlassen werden, die sich selbst eingewiesen haben, soll dies unterbleiben, ebenso bei Informationen über depressive Patienten, die sich das Leben nehmen könnten.

Kritiker des ursprünglichen Entwurfs hatten auf die Gefahren von Kriminalisierung und Stigmatisierung verwiesen:

Diese dürfte Gefahren eher vergrößern, da die Behandlungsbereitschaft angesichts der Aussicht, automatisch registriert zu werden, sinken dürfte.

Stigmatisierung warfen die Kritiker in der Vergangenheit auch den so genannten „Personengebundenen Hinweisen“ (PHW) in Datenbanken wie dem Informationssystem der Polizeien (INPOL) vor, in denen zu einzelnen Personen Vermerke wie „Frei“ für „Freitodfahr“ oder „geisteskrank“ gespeichert wurden.

Der Staat rüstet technisch auf. Intelligente Videoüberwachungssysteme der Zukunft z.B. suchen – etwa auf U-Bahn-

höfen – nach Abweichungen vom „Normalen“. Rücken dann auffälligere Randgruppen automatisch eher in Verdacht? fragen sich Ethiker.

Auch Asmus Finzen drehte den Spieß um und forderte aus Transparenzgründen im Spiegel (Nr. 17/21.4.) „eine Zentralstelle zur Erfassung von Polizeigewalt gegen psychisch Kranke“. Pro Jahr würden in Deutschland fünf bis sechs psychisch Kranke von der Polizei getötet. In der Regel deshalb, weil die Polizei nicht genug geübt sei im Umgang mit Menschen in psychischen Krisen. Tötungsdelikte durch psychisch Kranke gebe es im Jahr um die 30, so Finzen. Gewalttaten von psychisch Kranken gegen Fremde seien dabei extrem selten. „Am stärksten gefährdet sind Angehörige, die helfen wollen, aber die Distanz nicht hinkriegen.“ Da helfe keine Datensammelei.

Hilfreich ist da eher ein Krisendienst. Ein solcher soll jetzt auf ganz Bayern ausgeweitet werden und rund um die Uhr besetzt sein. Dieser Teil des Bay-PsychKG geriet angesichts der Sicherheitsdebatte in den Hintergrund.

Einen Krisendienst fordern Angehörige und Betroffene in Hamburg seit langem vergeblich. Sollte dieser bayerische Vorstoß, einen flächendeckenden Krisendienst einzurichten, ein Vorbild für Hamburg und andere Bundesländer sein?



Kein Kinderspiel: der Alltag auf einer forensischen Station für abhängige Männer in Duisburg. Foto: mindjazz-pictures

Blicke in eine verschlossene Welt

■ Zwei neue Psychiatrie-Dokus

Gleich zwei neue Dokumentarfilme – „12 Tage“ und „Therapie für Gangster“ vermitteln Innensichten des psychiatrischen Systems bzw. des Maßregelvollzugs. Regisseur Sobo Swobodnik ging gleich selbst hinter Gitter, um das Leben in einer Forensischen Psychiatrie unter menschlichen Aspekten zu untersuchen: Er ließ sich für vier Wochen rund um die Uhr im Niederrheinischen Therapiezentrum in Duisburg einschließen, um gemeinsam mit neun Patienten einer Station an deren Alltag teilzuhaben. Dieser sei bestimmt von dem Kampf gegen den Suchtdruck,

die eigene Schuld, die Einsamkeit und die Stigmatisierung sowie den Beziehungsstrukturen in der Gruppe und dem therapeutischen Alltag“, so die Ankündigung. Der Film hatte am 3. Mai in Köln Premiere und soll hauptsächlich in Form von Sondervorstellungen gezeigt werden, auch in Norddeutschland. Termine werden im Internet veröffentlicht (s. <http://mindjazz-pictures.de/> kinotermine/).

Die französische Doku „12 Tage“, die im Juni ins Kino kommen soll, dokumentiert Anhörungen von Zwangsuntergebrachten in Lyon. Mehr dazu: **Seite 10**

Wartezeiten kaum verringert

■ Zu wenig Psychotherapie: Planungsreform angemahnt

BERLIN (rd). Die vor gut einem Jahr wirksam gewordene Psychotherapie-reform hat die Wartezeiten auf eine Psychotherapie nur leicht verringert. Vergingen 2011 noch im Schnitt 23,4 Wochen von der ersten Anfrage beim Therapeuten bis zum Beginn der Behandlung, sind es laut einer Studie der Bundespsychotherapeutenkammer zurzeit im Durchschnitt 20 Wochen. Wobei die regionalen Unterschiede groß sind. So lag die Wartezeit in Berlin im Schnitt bei 13,4, im Ruhrgebiet bei 29,4 Wochen. Grundsätzlich sind sie außerhalb von Großstädten besonders lang. Daher wird jetzt erneut eine rasche Reform der überfälligen Bedarfsplanung

des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) angemahnt.

Diese hätte bereits Anfang 2017 vorliegen sollen, verzögert sich aber. Die aktuelle Bedarfsplanung geht noch davon aus, dass in ländlichen Regionen weniger Therapeuten gebraucht werden als in Städten. „Ich erwarte, dass der G-BA hier jetzt zügig vorankommt“, erklärte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Der Ausschuss ist das oberste Beschluss-gremium der Selbstverwaltung von Ärzten, Psychotherapeuten, Kliniken und Krankenkassen. Auf NDR-Anfrage erklärte der G-BA, aktuell werde ein Gutachten erstellt. Die neue Bedarfsplanung

solle 2019 in Kraft treten.

Um lange Wartezeiten zu vermeiden, beantragen viele Patienten bei ihren Krankenkassen die Erstattung einer Behandlung durch Privattherapeuten. Doch offenbar sind die gesetzlichen Kassen dabei neuerdings restriktiver, berichtete der NDR weiter. Nach einer Umfrage mehrerer Landespsychotherapeutenkammern werde etwa jeder zweite dieser Anträge auf Kostenerstattung abgelehnt, 2016 sei es nur jeder Fünfte gewesen.

Um eine ausreichende Versorgung der Patienten zu gewährleisten, fehlen nach Meinung der BPTK bundesweit 7000 Kassensitze für Psychotherapeuten.

AUS DEM INHALT

JUGENDHILFE
„Wenn Du nicht brav bist, kommst Du ins Heim“ Seite 6
TEILHABE
Neue Anlaufstellen bieten Beratung auf Augenhöhe Seite 8
THERAPIE
Neue Serie: „Was ist eigentlich ...?“ Teil 1: Eutonie Seite 9
TV
Tatort Wehnen und der lange Arm der Täter Seite 10
MENSCHEN
Der preußische Italiener: Abschied von Günter Ernst-Basten Seite 11

KULTUR
Kulturambulanz präsentiert Outsider und Insider Seite 13
NIEDERSACHSEN
Sozialpsychiatrische Dienste auf Kurssuche Seite 14
BREMEN
Start frei für das Empowerment College Seite 15
HAMBURG
Mangel an Heimplätzen immer dramatischer Seite 17
BÜCHER
Historischer Roman würdigt Reformpsychiater Seite 21

Absetzen: „Mehr Geld nötig“

KÖLN (rd). Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) fordert, dass gesetzlich Versicherte mit psychischen Leiden eine verlässliche und fachgerechte Begleitung beim Reduzieren und ggf. Absetzen von Psychopharmaka in ihren Heimatregionen finden. Deshalb müssten den behandelnden Fachärzten solche Leistungen angemessen vergütet werden. Das Anliegen unterstützen 1.383 Personen mit ihrer Unterschrift.

Mittlerweile sei die möglichst niedrige Dosierung der neuroleptischen Medikamente im mittel- und längerfristigen Verlauf psychiatrischer Konsens, so die DGSP. Beim Reduzieren von Psychopharmaka müssten Patienten aber gut begleitet werden, so der Psychiater PD Jann E. Schlimme. Hierfür sei mehr Zeit notwendig als derzeit dem psychiatrischen Facharzt nach den budgetierten Vergütungen der GKV/KV für die einzelnen Patienten zur Verfügung stehe. Die Pauschale beträgt aktuell ca. 45 Euro/Fall im Quartal, wodurch laut Schlimme nur ca. ein bis zwei Termine im Quartal mit ca. fünf bis zehn Minuten Sprechzeit bei einer durchschnittlich gut organisierten psychiatrischen Facharztpraxis möglich sind. „Die Begleitung beim Reduzieren und Absetzen von Psychopharmaka erfordert aber eine höhere Terminfrequenz (alle 2-6 Wochen) und längere Termindauer (ca. 25-40 Minuten).“

IMPRESSUM

Jahrgang 32 C 42725
Verlagsanschrift:
Vitanas GmbH & Co. KGaA
Vitanas Sozialpsychiatrisches
Centrum Koog-Haus
Eppendorfer
Koogstraße 32
25541 Brunsbüttel
Telefon: (04852) 96 50-0
Telefax: (04852) 96 50-65
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:
Andreas Mezler
Vitanas Gruppe
Michael Dieckmann
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)
Internet: www.eppendorfer.de
www.kooghaus.de
www.vitanas.de
www.ameos.eu

Redaktionsleitung, Layout und Satz:
Anke Hinrichs (hin)
Redaktionsbüro NORDWORT
Große Brunnenstr. 137
22763 Hamburg
Tel.: 040 / 41358524
Fax: 040 / 41358528
E-Mail: mail@ankehinrichs.de
www.ankehinrichs.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Sönke Dwenger, Ilse Eichenbrenner, Michael Freitag (fig), Esther Geißlinger (est), Michael Götsche (gö), Annemarie Heckmann (heck), Gesa Lampe (gl), Dr. Verena Liebers, Martina de Ridder, Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh), (rd) steht für Redaktion, Agentur: epd

Druck: Boyens MediaPrint, Heide
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.
Der Eppendorfer erscheint zweimonatlich und kostet jährlich 39,50 Euro. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, auf die zusätzliche Nutzung der weiblichen Form zu verzichten.

Kein Täter werden!

Präventionsnetzwerk Pädophilie zieht positive Bilanz

Das Netzwerk „Kein Täter werden“ bietet pädophilen Menschen therapeutische Hilfe unter Schweigepflicht an. Seit Anfang 2018 wird diese als Gesundheitsleistung anerkannt. Die gesetzlichen Krankenkassen finanzieren sowohl diese Therapie als auch die im Berliner Präventionsprojekt „Du träumst von ihnen“, das sich speziell an Jugendliche richtet. Der wissenschaftliche Beirat des Präventionsnetzwerkes zog eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit.

BERLIN (rd). Prof. Klaus M. Beier, Sprecher des Netzwerks und Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft und Sexualmedizin der Charité – Universitätsmedizin Berlin, stellte Ergebnisse einer aktuellen Berliner Nachuntersuchung vor und zeigte sich zufrieden: „Bei nahezu allen der 56 befragten Therapieteilnehmer konnte nachhaltig eine Verhaltenskontrolle erreicht und damit maßgeblich sexueller Kindesmissbrauch verhindert werden. Bestätigt wird damit die erste Evaluation des Projektes, die bereits gezeigt hatte, dass das Behandlungsprogramm geeignet ist, bekannte Risikofaktoren für sexuellen Kindesmissbrauch zu verringern, um bei den Betroffenen erfolgreich eine Verhaltenskontrolle aufzubauen.“

Sowohl Prof. Beier als auch Prof. Tilman Krüger, stellvertretender Sprecher des Präventionsnetzwerks und Sexualmediziner an der Medizinischen Hochschule Hannover, zeigten sich erfreut über das im Januar 2018 gestartete Modellvorhaben, mit dem der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) vom Gesetzgeber für die Dauer von fünf Jahren damit beauftragt wurde, die anonyme Behandlung pädophiler Menschen zu finanzieren. „Damit wird unser Behandlungsangebot offiziell als Gesundheitsleistung anerkannt.“ Vor allem für Betroffene sei dies ein wichtiges Signal. Denn die Untersuchungen zeigten, dass pädophile Menschen oftmals ernstzunehmende psychische Begleiterkrankungen haben: „Die Raten an Depressionen und Angsterkrankungen sind doppelt so hoch wie in der Allgemeinbevölkerung und auch eigene Erfahrungen von Missbrauch und Vernachlässigung finden sich häufiger. Sie leben nicht selten sozial zurückgezogen und werden stigmatisiert, sofern denn ihre Neigung bekannt wird.“

9.515 Menschen aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich bis Ende März Hilfe suchend an das 2011 gegründete Präventionsnetzwerk „Kein Täter werden“ gewandt. Insgesamt haben seitdem 925 Teilnehmer eine Therapie begonnen und 360 erfolgreich abgeschlossen.

Meldungen

DGPPN: Hohe Erwartungen an den Gesundheitsminister

BERLIN (rd). Die DGPPN verbindet mit dem neuen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und der neuen Bundesregierung hohe Erwartungen an eine verbesserte psychiatrische Versorgung. Anlass hierfür, so die DGPPN, sei die Herausstellung psychischer Erkrankungen und deren explizite Berücksichtigung im Koalitionsvertrag. Psychische Erkrankungen und Demenzen würden erstmals als Volkskrankheit eingestuft. DGPPN-Präsident Prof. Arno Deister: „Wir freuen uns, dass das Thema seelische Gesundheit einen angemessenen Stellenwert bekommt.“ Es sei ein vielversprechendes, richtungsweisendes Signal, dass die Gesundheitspolitik sich künftig am Patientenwohl orientieren wolle.

Unverletzlichkeit der Wohnung ein hohes Gut

KARLSRUHE (epd). Auch psychisch Kranke haben ein Recht auf Unverletzlichkeit ihrer Wohnung. Ein Gericht darf daher wegen einer beabsichtigten Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung nicht anordnen, dass der Betroffene in seiner eigenen Wohnung von einem Gutachter untersucht wird, entschied das Bundesverfassungsgericht in einem veröffentlichten Beschluss (AZ: 2 BvR 253/18). Im konkreten Fall ging es um die Unterbringung einer psychisch kranken Frau. Das Amtsgericht Soltau bestellte dazu einen Gutachter, der die Frau in ihrer eigenen Wohnung befragen und untersuchen sollte. Weigerte sich die Frau, sollte die Wohnung notfalls gewaltsam betreten werden, ordnete das Gericht an. Die Verfahrenspflegerin hielt diese Anordnung für rechtswidrig und beantragte eine einstweilige Anordnung zur Aufhebung des Amtsgerichtsbeschlusses.

Dramatischer Männermangel in der Psychologie

BERLIN (rd). Anlässlich des Boys' & Girls' Day am 26. April wies der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) auf die sinkenden Zahlen an männlichen Berufsträgern in der Psychologie hin und forderte ein gesellschaftliches Umdenken. Laut BDP-Präsident Prof. Dr. Michael Krämer zählte die Psychologie im WS 2016/17 mit über 75.000 Studierenden zu den zehn beliebtesten Studienfächern in Deutschland. Allerdings seien Männer deutlich unterrepräsentiert, circa 75 Prozent der Studierenden weiblich. Besonders dramatisch sei die Entwicklung in der Psychotherapie. Während immer mehr Männer Hilfe suchten, sinke gleichzeitig die Zahl der männlichen Psychotherapeuten immer weiter. Laut Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) sind heute bereits 71 Prozent der Mitglieder Frauen. Bei den Mitgliedern unter 35 sind es bereits 91 Prozent.

Lebenshilfe begrüßt Initiative für Grundeinkommen

BERLIN (epd). Die Bundesvereinigung Lebenshilfe hat die Initiative von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD) begrüßt, ein solides Grundeinkommen einzuführen. Darin sieht der Verband auch einen guten Ansatz für eine Vergütungsreform in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Mit diesem Geld könnten sie ihren Lebensunterhalt selbst decken: „Das entspricht der Forderung der UN-Behindertenrechtskonvention, vereinfacht Abläufe und stellt einen echten Gewinn dar“, sagte die Vorsitzende der Behindertenorganisation und SPD-Bundestagsabgeordnete Ulla Schmidt. Sie höre oft die Klage von Betroffenen, dass das Werkstattentgelt ihre Arbeit nicht hinreichend würdige.

Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

Allein gestellt

Berlin hat ja viele Alleinstellungsmerkmale. Vor allem verfügen wir über den am allerlängsten nicht fertig gewordenen Flughafen der Welt. In unserer psychosozialen Szene ist aber vor allem die „Villa Stöckle“ ein absolut herausragender Solitär, denn meines Wissens hat nur Berlin ein tatsächlich funktionierendes Weglaufhaus.

Die lange Vorlaufzeit von der Gründung des „Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt“ 1989 bis zur Eröffnung der „Villa Stöckle“ im Jahr 1996 kann es mit dem BER natürlich nicht aufnehmen. Doch die Wogen schlugen auch damals hoch. Sogar die keinesfalls antipsychiatrische Berliner Gesellschaft für soziale Psychiatrie hat in den ersten Anläufen die Verhandlungen mit der Senatsverwaltung unterstützt.

Als antipsychiatrisches Krisenprojekt „zur Überwindung sozialer Notlagen“ wird es seit 1996 über den entsprechenden Paragraphen (damals § 72 BSHG, jetzt § 67 SGB XII) über individuelle Tagessätze von den bezirklichen Sozialen Wohnhilfen finanziert – wenn es denn finanziert wird. Denn viele Bezirksämter tun sich schwer damit, eine Kostenübernahme auszustellen oder im Anschluss die Rechnung zu bezahlen. So hat das Berliner Weglaufhaus soeben mit einem Spendenaufruf die Fachöffentlichkeit alarmiert. Das Projekt ist in seiner Existenz bedroht. Ich finde: Selten war das Paradigma des Weglaufhauses so aktuell wie heute, in den Zeiten von Neuroleptikakritik, UN-BRK und dem Berliner PsychKG. <https://www.weglaufhaus.de>

Ein anderes Berliner Projekt der Selbsthilfe floriert hingegen. Das erste Mal habe ich die Räume der „Kellerkinder e.V.“ in Friedrichshain besucht. Die Kellerkinder sind Gastgeber einer kleinen Veranstaltungsreihe mit dem Titel: „Psychopharmaka? Kritischer Dialog.“ Die monatlichen Treffen werden organisiert vom Berliner Kooperationsnetzwerk Kritischer Umgang mit Psychopharmaka, Ansprechpartner sind Sabine Haller und Jann E. Schlimme. Die Abende stehen jeweils unter einem anderen Thema und sind gut besucht und organisiert. „Medikamente in der Klinik“ war das Thema am 9. April. Wieder einmal staunte ich über das

Niveau der Diskussion und die Fachkompetenz der Psychiatrieerfahrenen und Angehörigen mit und ohne EX-IN-Hintergrund. Im Verlauf der Diskussion entstand eine pikante Idee: Man müsse doch nur die Regelversorgung abschaffen (auf die Berlin so stolz ist) und die Hilfesuchenden würden dann nur den Kliniken Einnahmen verschaffen, die sich auf ihre Wünsche wirklich einlassen. Ich war baff. Wenn man also nicht in die bezirklich zuständige und damit aufnahmeverpflichtete Psychiatrie gehen müsste, sondern jene mit dem freundlichsten Service wählen könnte, dann werde sich das Angebot rasch verändern. „Die wollen doch auch alle nur Geld verdienen.“ Der Wirtschaftlichkeitsgedanke war mir zwar in dem neuen Spielfilm von Soderbergh bereits begegnet, doch in Berliner Gewässern bisher unbekannt.

„Selten war das Paradigma des Weglaufhauses so aktuell wie heute.“

Vielleicht könnte das ein Thema für die Berliner Besuchskommissionen sein? Das im Juni 2016 in Kraft getretene PsychKG schreibt diese vor. Die Bewerberinnen und Bewerber durften sich vor dem Landesbeirat für seelische Gesundheit vorstellen und noch einmal vor dem Gesundheitsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, bevor sie dann vom Hauptausschuss offiziell gewählt wurden. Dabei sind auffallend viele Ruheständler – sie haben ein bisschen mehr Zeit als die Berufstätigen und müssen kein Geld mehr verdienen; unter ihnen sind Professoren, Chefarzte und ein ehemaliger Landesbeauftragter für Psychiatrie.

Ilse Eichenbrenner

Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

Abwärtstrend dramatisch

■ Überdurchschnittlich viele psychisch Kranke unter den Wohnungs- und Obdachlosen – Anteil der Migranten gestiegen – Dunkelziffer insbesondere bei Frauen ist sehr groß

Wer sich dem Thema Obdachlosigkeit widmet, der erkennt schnell: Die Not in den Großstädten ist groß, es sind viele Begriffe auseinander zu halten, und manche Zahlen werden gar nicht erst genau erhoben. Offenbar ist die Lage gerade dort besonders dramatisch, wo der Immobilienmarkt für schwindelerregende Grundstückspreise und Mieten sorgt – wie etwa in Hamburg, einer beliebten Metropole, in der es mittlerweile auch für Menschen mit höherem Einkommen fast aussichtslos erscheint, eine Wohnung zu finden. Obwohl dort die Zahl der Vermittlungen in Wohnraum steigt, leben in Hamburg geschätzt 2000 Menschen obdachlos auf der Straße, in Autos oder Wäldern, Tendenz steigend. Als wohnungslos gelten mindestens 20.000 Menschen, die nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz untergebracht sind. Hierzu zählen neben den Obdachlosen auch die Flüchtlinge in den Containerdörfern. Darüber hinaus gibt es in unbekannter Anzahl Menschen, die mangels eigener Wohnung vorübergehend bei Freunden, Bekannten oder Verwandten Unterschlupf finden. In ganz Deutschland sind nach Schätzungen bald mehr als eine Million Menschen wohnungslos, darunter rund ein Drittel Frauen und überdurchschnittlich viele psychisch Kranke. Über die Ursachen der Wohnungslosigkeit sowie über Folgen, Trends und Hilfsmöglichkeiten sprach der EPPENDORFER mit Fachleuten, die täglich mit dem Thema konfrontiert sind.

HAMBURG. „Man muss auch zwischen Ursachen und Anlässen unterscheiden“, erläutert Stephan Nagel vom Referat Wohnungslosen-, Suchtkrankenhilfe und Armut des Diakonischen Werks Hamburg. Zu den Ursachen zählten etwa Armut, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, niedrige Löhne, eine fehlerhafte Wohnungspolitik und nicht ausreichend ausgestattete soziale Dienste. Anlässe seien meist biografische Krisensituationen wie eine Scheidung oder Trennung, der Tod des Partners, Mietschulden, die Ablösung aus dem Elternhaus sowie die Entlassung aus Haft oder Psychiatrie. Die Probleme verdichteten sich, wenn man arm sei, kein starkes soziales Umfeld habe und nur unzureichende soziale Dienste zur Verfügung stehen.

Armutprobleme manifestierten sich besonders in der Stadt, wo das Hilfesystem zwar besser sei, die Wohnsituation jedoch schlechter. „In der Regel bekommen es Metropolen nicht so gut hin“, so Nagel. Ein gutes Beispiel gebe allerdings Wien ab, wo viele Sozialwohnungen zur Verfügung stünden. In mittelgroßen Städten sei die Situation sehr unterschiedlich. Schwächere Regionen hätten nicht unter einem stark angespannten Wohnungsmarkt zu leiden. „Reichtum führt zu Wohnungslosigkeit aufgrund anziehender Mieten.“

Wie viele Menschen bundesweit wohnungslos sind, lässt sich nur schätzen. Es

gibt keine Statistik. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) geht auf ihrer Homepage von 860.000 wohnungslosen Menschen im Jahr 2016 aus und prognostiziert für 2018 einen weiteren Anstieg auf 1,2 Millionen (inklusive Flüchtlinge). Ohne Berücksichtigung der Flüchtlinge waren 2016 rund 70 Prozent der Wohnungslosen alleinstehend, 27 Prozent waren Frauen, acht Prozent Kinder und Jugendliche. Bundesweit galten 2016 etwa 52.000 Menschen als obdachlos. Seit 1990 ist der Bestand an Sozialwohnungen laut BAGW um etwa 60 Prozent gesunken. 2016 habe es noch rund 1,2 Millionen Sozialwohnungen gegeben. Bis 2020 sollen allerdings 170.000 davon aus der Bindung fallen. Zwar entstehen inzwischen wieder neue Sozialwohnungen, doch immer noch nicht genug, um den Abwärtstrend aufhalten zu können.

Dass Menschen freiwillig auf der Straße leben oder grundsätzlich nicht in Wohnungen leben können, hält Stephan Nagel von der Diakonie Hamburg für einen Mythos, mit dem es sich allenfalls besser aushalten lässt, dass es auch in einem reichen Land wie Deutschland Obdachlose gibt. Menschen, die nicht in Wohnungen leben woll-

ten, seien extrem seltene Einzelfälle. Für erfolgversprechend hält er daher den „Housing first“-Ansatz, der darauf abzielt, obdachlose Menschen direkt in Wohnungen zu vermitteln und ihnen parallel dazu hartnäckig und multiprofessionell Hilfe anzubieten (s. www.pathwayshousing-first.org).

Auch die Vorstellung, alle Obdachlosen wären alkoholabhängig, sei falsch. „Der Anteil ist geringer als man denkt.“ Den überdurchschnittlich hohen Anteil der psychisch Kranken unter den Wohnungslosen erklärt Nagel mit schwierigen Lebenssituationen, die die Menschen erkranken lassen – etwa eine Überforderung durch die Hartz-IV-Gesetze, das Herausdrängen aus dem Arbeitsmarkt oder die Kündigung von Wohnraum. „Einige werden auch von der Psychiatrie nicht aufgefangen.“ Insbesondere für Personen ohne Krankheitseinsicht fehle es an unterstützten Wohnangeboten. Unterschätzt werde oft der Anteil an wohnungslosen Frauen, da viele von ihnen versuchten, ihre Situation zu kaschieren. „Werden sie als obdachlos erkannt, steigt die Gefahr, Opfer von Gewalt zu werden“, so Nagel. Die Dunkelziffer sei entsprechend groß.

„Wer wohnungslos ist, dem fehlt der entscheidende Teil von dem, was nötig ist, um das Leben zu bewältigen“, so Nagel.

„Die Lebenserwartung von Obdachlosen ist deutlich niedriger.“

Wohnraum sei ein „existentieller Anker“, der Schutz und Privatsphäre bietet. Mit dem Verlust einer Wohnung werde einem die ontologische Sicherheit, das Vertrauen, unter den Füßen weggezogen. Wenn dies fehle, dann stimme gar nichts mehr. Zu den Folgen zählt er Probleme, Arbeit zu finden oder zu behalten, Opfer von Gewalt zu werden sowie eine erhöhte Anfälligkeit für psychische Beeinträchtigungen und Krankheiten. „Harmlose Infektionen können dramatisch werden.“ Die Lebenserwartung insbesondere von Obdachlosen sei deutlich niedriger.

2017 haben die Hamburger Fachstellen für Wohnungsnotfälle nach Behördenangaben 2146 Wohnungslose in Wohnungen vermittelt. Für Obdachlose sei es laut Nagel schwieriger. In der Regel führe der Weg zunächst über Notunterkünfte zur Wohnungslosigkeit und erst dann zur eigenen Wohnung. Die meisten schafften es am Ende, es dauere nur unterschiedlich lange. „Und der Schritt von der Straße direkt in die eigene Wohnung ist immer noch zu selten.“ Die Kosten der Obdachlosigkeit – etwa durch Hilfsangebote und Rettungsdienste – seien höher als es die für die Bereitstellung von Wohnraum wären. Auch wenn Wohnungslosigkeit vielleicht nie völlig vermeidbar sei, so sei das Problem doch grundsätzlich lösbar. Es gehe darum, die sozial- und wohnungspolitischen Voraussetzungen zu schaffen, damit einmal eingetretene Wohnungslosigkeit schnell wieder beendet werden kann.



„Wohnen“ unter Brücken: In Hamburg leben geschätzt 2000 Menschen auf der Straße. Biografische Krisen wie Jobverlust, Krankheit oder Tod des Partners sind oft Auslöser für den Absturz in die Obdachlosigkeit. Fotos (3): Hinrichs

Angesichts der steigenden Zahlen von Wohnungs- und Obdachlosen ist für Nagel vor allem ein gut funktionierendes Präventionssystem wichtig. Dazu zählt er eine gute Wohnungspolitik mit ausreichend Sozialwohnungen. Wichtig seien zudem soziale Dienste für den Übergang in die eigene Wohnung (Wohnbegleitung) und eine gute Kooperation zwischen den einzelnen Hilfesystemen. Insbesondere das Entlassungsmanagement aus psychiatrischen Kliniken und Haftanstalten müsse sich verbessern. „Das Hilfesystem muss sich auch besser auf Doppeldiagnosen einstellen“, so Nagel. Die Kombination von Sucht und psychischen Erkrankungen sei derartig häufig, dass die Psychiatrien mehr unternehmen müssten, als die Betroffenen an die Suchthilfe zu verweisen. Es werde zudem zu wenig diskutiert, dass viele Menschen mit Gruppensettings nicht zu recht kommen. Auch fehle es in der Psychiatrie an niedrigschwelligem Angeboten.

Obwohl Hamburg rund 30.000 Schlafplätze für Wohnungslose bereitstelle, viele davon in Mehrbettzimmern, komme die Stadt nach Ansicht von Nagel ihrer Verpflichtung, jeden unterzubringen, nicht ausreichend nach. Insbesondere wohnungslose Menschen ohne deutschen Pass, die tatsächlich oder vermeintlich keine sozialrechtlichen Ansprüche nach SGB II oder XII haben, würden von der ordnungsrechtlichen Unterbringung ausgeschlossen. Selbst von einer Unterbringung im Winternotprogramm würden zunehmend obdachlos auf der Straße lebende Menschen ausgeschlossen – dies betreffe vor allem rumänische und bulgarische Staatsbürger. Wenn die Stadt meine, zur Unterbringung von bestimmten Gruppen rechtlich nicht verpflichtet zu sein, so sollte sie es laut Nagel wenigstens aus Gründen pragmatischer Klugheit tun: „Um Verelendung zu vermeiden, wäre es besser, allen Hilfe anzubieten.“

„Im gesamten norddeutschen Raum haben wir das beste Angebot für Obdachlose“, hält Marcel Schweitzer dagegen, der

Sprecher der Hamburger Sozialbehörde. Das Winternotprogramm habe die längsten Öffnungszeiten in ganz Deutschland und stehe jedem anonym zur Verfügung – auch Migranten aus dem Ausland. „Wegen unserer guten Angebote kommen im Winter viele Obdachlose aus anderen Städten nach Hamburg“, so Schweitzer. Dennoch seien die Betten nur zu etwa 80 Prozent ausgelastet. Ausschließlich diejenigen, die an einer Beratung teilgenommen und darin selbst angegeben haben, im Ausland eine Wohnung zu haben, bleibe die Übernachtung in von der Stadt bereitgestellten Betten verwehrt. Eine im Ausweis angegebene Adresse sei für diese Entscheidung ausdrücklich kein Kriterium. Wohl aber dürfe sich auch dieser Personenkreis nachts in der Wärmestube aufhalten – ein Angebot, das laut Schweitzer mit den Notprogrammen anderer Städte vergleichbar sei – und weitere Hilfen in Anspruch nehmen.

Auflistung der Hilfsangebote für Wohnungs- und Obdachlose in Hamburg unter www.hamburg.de/beratung-hilfen/.

Gesa Lampe



Für Passanten ein gewohnter Anblick: Notlager auf der Straße.



U-Bahnhöfe bieten im Winter Wärme. Obdachlose ohne deutschen Pass werden zunehmend in Hamburg vom Winternotprogramm ausgeschlossen.

Auf der Straße – Sascha Bisley unter Obdachlosen

■ Themenschwerpunkt am 24. Mai auf ZDFinfo mit 13 Dokumentationen über Armut in Deutschland

HAMBURG (rd). Die Armut in Deutschland ist, zumindest in Großstädten und Ballungsgebieten, längst nicht mehr zu übersehen: Bettler, Flaschensammler, lange Schlangen vor Essensausgaben und natürlich die Obdachlosen gehören zum Straßenbild. ZDFinfo zeigt am Donnerstag, 24. Mai, im Rahmen eines Themenschwerpunkts 13 Dokumentationen aus der sozialen Wirklichkeit der Bundesrepublik (17.15 bis 0.45 Uhr).

Um 20.15 Uhr gibt es dabei eine besonders intensive Reportage zu sehen: „Auf der Straße – Sascha Bisley unter Obdachlosen“.

Bisley näherte sich seinem Thema unkonventionell und mischte sich unter Obdachlose. Eine Woche lebte er im reichen Stuttgart auf der Straße, bettelte in der Fußgängerzone, sammelte Flaschen und kämpfte in der Nacht gegen Minusgrade und um Schlafplätze und am Tag um

milde Gaben und gegen den offenen Hass der Passanten: „Was ich in dieser Woche erlebt habe, hat meine Vorstellungskraft bei Weitem überstiegen. Mit so viel Aggression und Missachtung hätte ich nicht gerechnet. Das war krass.“ Er spürte, wie es sich anfühlt, wenn man unten angekommen ist – obdachlos, auf dem Arbeiterstrich, beim Schnorren, bei der Armenspeisung und dokumentierte seine Erlebnisse mit eigener Kamera.

Sascha Bisley sprach mit Obdach- und Wohnungslosen darüber, wie sie auf der Straße gelandet sind. Viele wollten nicht offen vor der Kamera sprechen, zu groß ist die Scham, auch vor der eigenen Familie, den Verwandten und Freunden. Doch einige öffneten sich und erzählten ihre traurige Geschichte. Bisley traf auch Frauen, die auf der Straße leben. In Deutschland eine relativ neue Entwicklung, denn bislang traf dieses Schicksal zu

großen Teilen Männer. Der neue Film mit Sascha Bisley versucht zudem, einen Überblick über die Lage der Wohn- und Obdachlosen in Deutschland zu geben. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren regelrecht explodiert. Woran liegt das? Und er beleuchtet die Armutstrukturen: Wo hilft der Staat überhaupt? Wo hat er Fehler gemacht? Wie groß ist die Armut im reichen Deutschland wirklich?